

Tutorenpapier zur Studienreform

Liebe HiWis !

Von vielen wichtigen Leuten wurde eine Studienstrukturereform geplant. Im März '93 soll sie durchgesetzt werden. Wir, die Fachschaft Mathematik, halten diese Reform für sehr diskussionswürdig. Deshalb haben wir einen Brief an alle Studenten verfaßt, in dem einerseits Informationen weitergegeben werden und andererseits zur Aktivität aufgerufen wird. Wir möchten Euch bitten, diesen Brief selbst zu lesen, in den Übungen zu verteilen und die Möglichkeit zur Meinungsbildung und zur Diskussion zu geben.

Vom 25.-29. Januar soll eine bundesweite Aktionswoche zum Thema Studienstrukturereform stattfinden. Diese Woche soll intensiv genutzt werden, um sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Falls Ihr Eure Übung dazu nutzen wollt, selbst eine Veranstaltung zu machen, hier ein paar Ideen zur Gestaltung der 1 ½ Std.

Ideen zum mögl. Ablauf einer „Übung“

Vor der Übung: Sich selbst informieren und Gedanken machen. Evtl nach Unterstützung fragen.

In der Übung:

- Übungsblatt zur Studienreform austeilen
- In Kleingruppen über einzelne strittige Punkte diskutieren lassen. Anschließend im Plenum Diskussionsergebnisse an der Tafel, auf Overheadfolie oder auf einer Wandtafel festhalten.
- An der Tafel Argumente sammeln:
 - „Was bedeutet Studium für mich?“
 - „Was ändert sich für mich nach einer solchen Studienreform?“
- Konzept einer Studienreform selbst erarbeiten
- Resolutionen, Briefe an verantwortliche Politiker entwerfen.
- Plakate entwerfen + malen
- Comics entwerfen + zeichnen

Alle diese Ideen sind nur Vorschläge. Eurer Phantasie bei der Gestaltung der Übungen sind keine Grenzen gesetzt.

Aktionswoche zur Studienstrukturreform

Erstes Übungsblatt

25.-29. Januar 1993

1. Der Student Felix Fleißig erhält monatl. DM 300,- Unterstützung von seinen Eltern und DM 450,- BAföG. Er zahlt DM 1000,- Studiengebühren pro Semester und DM 84,- Sozialabgaben; dazu monatl. DM 300,- für ein Zimmer, DM 80,- für Mensamarken, DM 300,- für den Unterhalt, DM 50,- für Bekleidung, DM 30,- für Bahnfahrten (1x im Monat nach Hause) und DM 110,- für die Bahncard im Jahr.

Damit er sein Studium in den vorgeschriebenen 9 Semestern abschließen kann, muß er 20 Stunden wöchentlich Veranstaltungen besuchen, dazu wendet er genausoviel Zeit für Vor- und Nachbereitung auf.

Bei einer Firma kann er 12 Mark pro Stunde nebenberuflich verdienen.

Wie hoch ist die wöchentliche Stundenbelastung, wenn er noch DM 200,- mtl. für den persönlichen Gebrauch zur Verfügung haben will?



- Eines der wichtigsten und fruchtbarsten Prinzipien der deutschen Hochschullandschaft, die Einheit von Forschung und Lehre, wird stillschweigend endgültig abgeschafft.
 - Die meisten StudentInnen haben keine Chance, wissenschaftliches Denken und Arbeiten auch nur kennenzulernen.
 - Der wissenschaftliche Nachwuchs wird ausgedünnt; es stehen weniger KandidatInnen für eine ForscherInnenlaufbahn zur Verfügung. Eine solche Verringerung des Angebotes wird zwangsläufig einen Verfall der Qualität der Forschungsarbeit und der Lehre nach sich ziehen.
- Der Inhalt der Studiengänge wird auf Berufsqualifikation beschränkt. (Was der Industrie nicht „nützt“, fliegt ’raus.)
 - Bestehende Aufbaustudiengänge sollen abgeschafft, neue nicht mehr genehmigt werden.
 - Fächerwechsel und Zweitstudium sollen eingeschränkt werden.
 - Einführung einer Höchststudienzeit (Zwangsexmatrikulation nach Regelstudienzeit +4 Semester). Dadurch werden zusätzliche Studien, der Besuch nicht verpflichtender Veranstaltungen, nicht direkt auf die Abschlußprüfung gerichtetes Engagement quasi unmöglich gemacht.
 - Für Zwischen- und Abschlußprüfung sollen feste Termine vorgeschrieben werden. Nach 4 Semestern gilt automatisch die erste Zwischenprüfung als geschrieben und nicht bestanden, nach 8 Semestern die erste Abschlußprüfung.
 - Durch zentral von PolitikerInnen festgelegte „Rahmeneckdaten“ sollen Studiengänge an allen Universitäten vereinheitlicht und bis ins Detail reglementiert werden.

Die wirklichen ExpertInnen zum Thema Studium, wir StudentInnen und unsere HochschullehrerInnen, wurden zu keiner Zeit in die Planung der ‚Studienstrukturreform‘ einbezogen. Noch sind dies alles nur Vorschläge von Ministerien und Arbeitsgruppen. Aber schon in diesem Frühjahr soll mit der Umsetzung durch Gesetze und Verordnungen begonnen werden. Deshalb ist es fünf vor zwölf, um sich gegen diese massiven Verschlechterungen unserer Studienmöglichkeiten (und derjenigen künftiger StudentInnengenerationen) zu wehren. Erheben wir also Einspruch, obwohl - oder gerade weil - wir nicht gefragt wurden!

Das Fachschaftenplenum

**TH-AKTIONSWOCHE
ZUR HOCHSCHULREFORM**

25. – 29. Januar 93



Kritische StudentInnen sind nicht gefragt!

Ein Ziel eines Hochschulstudiums ist die Qualifizierung für das spätere Berufsleben. Das ist jedoch nur *ein* Ziel. *Noch* bieten die Hochschulen die einmalige Chance, im Studium wesentlich über eine bloße Berufsqualifikation hinauszugehen. Noch hat jeder StudentIn in weitem Rahmen die Möglichkeit,

- sich wissenschaftliches Arbeiten und Denken anzueignen; dadurch Teilgebiete seines/ihreres Faches und sein/ihr Fach überhaupt in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können;
- Interdisziplinarität zu verwirklichen: Sichtweisen eines benachbarten Faches, seine Modelle und Methoden, seine Fragestellungen und Probleme kennenzulernen und zum eigenen Fach in Beziehung zu setzen;
- ein weiteres Fach auch ohne Bezug zum eigenen Fach kennenzulernen (in einzelnen Veranstaltungen oder einem Zweit-/ Doppelstudium);
- das Studium den eigenen Interessen gemäß frei zu gestalten, d. h. sich eigene Lernziele zu setzen, sich (inner- und außeruniversitär) zu engagieren, das Studium mit eigenen Erfahrungen und Bedürfnissen zu verbinden.

Diese Möglichkeiten, die über das Pflichtprogramm, über die bloße Berufsausbildung und Praxisanwendung hinausgehen, tragen wesentlich dazu bei, daß sich Universität und Berufsschule unterscheiden. Dieser universitäre Weg der Horizonterweiterung ist jedoch keineswegs ein teurer und überflüssiger Luxus: Unsere Gesellschaft ist auf gebildete, verantwortungsbewußte Menschen angewiesen; unflexibles und unkritisches Fachidiotentum hat keine Zukunft.

Doch mit dieser Freiheit ist es bald vorbei, wenn es nach Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Kultusministerkonferenz (KMK) und Wissenschaftsrat geht. In ihren Vorschlägen zur Studienzeitverkürzung (sog. Studienstrukturreform) ist nirgendwo von *Bildung* die Rede; man sorgt sich allenfalls um die „Qualität der *Ausbildung* (Berufs- und Wettbewerbsfähigkeit)“. Laut Bundesbildungsminister Ortleb müssen sich die „Universitäten ... auf ihre neue Rolle als überwiegend berufsorientierte Ausbildungsstätte“ einstellen.

Konkret:

- Berufsqualifizierendes und wissenschaftliches Studium sollen getrennt werden. Wissenschaftliches Arbeiten bleibt dann nur noch einigen Wenigen vorbehalten, die nach der Abschlußprüfung zu einem Promotionsstudium oder einem Graduiertenkolleg zugelassen werden. Zulassungskriterium soll neben hervorragenden Abschlußnoten eine möglichst kurze Studienzeit – als Maß für wissenschaftliche Qualifikation – sein.

machen HRK und KMK die „freie Entscheidung“ der Studentinnen und Studenten über die Gestaltung ihres Studiums quasi unmöglich. Hier soll also das Studieren in Regelstudienzeit nicht ermöglicht, sondern vorgeschrieben werden.

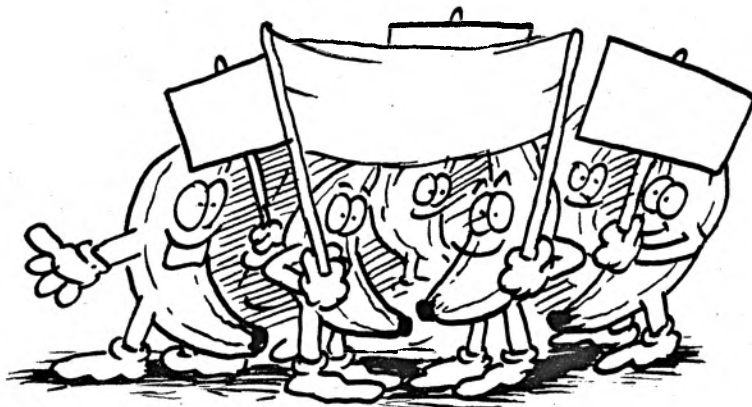
Von wenigen positiven Ansätzen abgesehen, sind die geplanten Maßnahmen also völlig ungeeignet, die organisatorischen und sozialen Probleme im Studium zu lösen. Statt dessen üben sie massiven Druck auf Studierende und Hochschullehrer aus, um ohne eine grundlegende Verbesserung der Situation an den Hochschulen eine Studienzeitverkürzung zu erreichen. Für eine freie Gestaltung des Studiums und gesellschaftliches Engagement der Studentinnen und Studenten wird es nach diesen Plänen keinen Platz mehr geben. Insbesondere wird die studentische Mitbestimmung durch diese Pläne ausgehebelt, indem die Fachschaften und der AStA austrocknen werden, ganz unabhängig von den Bestrebungen zur Zentralisierung und Verlagerung von Entscheidungskompetenz nach ‚oben‘.

Schon im März 1993 soll auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern in Bonn über die sogenannte „Studienstrukturreform“ entschieden werden. Es war und ist zu keiner Zeit geplant, uns Studentinnen und Studenten und unsere Hochschullehrerinnen und -lehrer in die Planung der Reformmaßnahmen miteinzubeziehen. Deshalb wollen wir uns in der

Aktionswoche zur Studienreform vom 25. bis 29. Januar

Zeit nehmen, eigene Vorstellungen über Studium und Reformmöglichkeiten zu entwickeln und zu diskutieren. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wollen wir gleichzeitig auf uns aufmerksam machen und den Damen und Herren Politikerinnen und Politikern klarmachen, daß ihr Weg der Studienstrukturreform sicherlich nicht der Weg des geringsten Widerstandes sein wird.

Das Fachschaftenplenum



Das Märchen von den bösen Studenten

Mythos ...

„Heutzutage machen viel zu viele Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs Abitur und studieren. Deshalb sind die Hochschulen überfüllt und die Studienbedingungen so schlecht.“

...und Wirklichkeit

Es ist wahr, daß heute über 30% eines Jahrganges studieren, was früher nur 16% taten. Aber „Wirtschaft und Gesellschaft benötigen künftig nicht weniger, sondern mehr qualifiziert ausgebildete junge Menschen. [...] Es wäre falsch, die Studienmöglichkeiten einzuschränken und der langfristig weiter zunehmenden Studiennachfrage entgegenzutreten.“, so der Wissenschaftsrat, ein Beratergremium der Bundesregierung, dem Studentenfreundlichkeit sicher nicht nachgesagt werden kann.

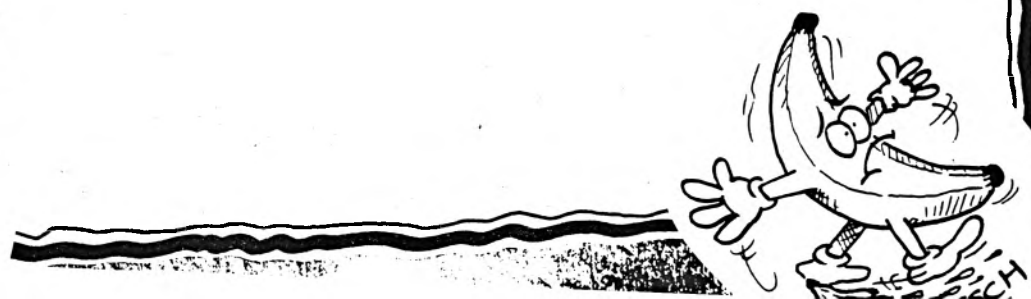
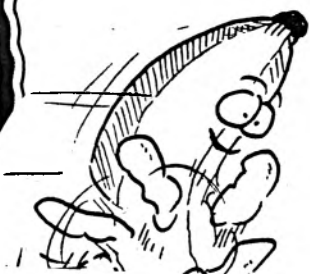
Mythos ...

„Die deutschen Universitätsabgängerinnen und -abgänger sind zu alt. Im europäischen Vergleich können sie nicht standhalten. Außerdem blockieren Langzeitstudenteninnen und -studenten die Hochschulen und nehmen anderen Studierwilligen Studienplätze weg.“

...und Wirklichkeit

Für jeden Studiengang gibt es eine sogenannte Regelstudienzeit. Sie ist eine mehr oder weniger willkürlich zentral festgelegte Größe und beträgt zur Zeit für die meisten Studiengänge 9 Semester (inklusive Abschlußarbeit, ohne Praktikumsemester). Die Regelstudienzeit legt fest, in wievielen Semestern ein Studiengang von durchschnittlich begabten Studentinnen und Studenten studierbar sein soll.

Nehmen wir einmal an, es sei wirklich sinnvoll, eine solche Zeit für alle Hochschulen fest vorzugeben und die tatsächliche Studiendauer an ihr zu messen. Dann studieren die meisten Studentinnen und Studenten tatsächlich zu lange. Sogar der Wissenschaftsrat ist jedoch der Ansicht, daß „Langzeitstudenten die Hochschulen nicht zusätzlich belasten.“ Die Überschreitung der Regelstudienzeit kann verschiedene Gründe haben:



An alle Taugenichtse und Schmarotzer

Schon lange versuchen die Kultusminister auf zentraler Ebene unser Studium kaputt zu machen. Dazu wird der Öffentlichkeit schon seit Jahren systematisch eingeredet, die Studienzeiten seien grundsätzlich zu lang.

Nun ist es endlich soweit:

Im Frühjahr '93 soll die sogenannte Studienstrukturreform beschlossen werden, deren einziges Ziel es ist, die Studienzeiten maximal auf 8 Semester zu beschränken. Dadurch wird versucht, dem Studium auf Kosten der Inhalte eine äußere Form aufzuzwingen. Statt eines allgemeinen Bildungsanspruches wird als höchster Anspruch die Berufsfähigkeit gesetzt.

Konkret sind folgende Maßnahmen geplant:

- Zweiteilung des Studiums in ein berufsqualifizierendes Studium für Alle und ein wissenschaftliches Aufbaustudium für eine Elite. Damit bleibt Wissenschaft einem engen Personenkreis vorbehalten, der eine weitere Prüfung zu bestehen haben wird.
- Dagegen wird die Abgrenzung des geplanten berufsqualifizierenden Studiums zum Fachhochschulstudium verschwinden.
- Universität wird zum Produktionsbetrieb von arbeitsmarktgerechten Absolventen.
- Statt sich mit den wirklichen Gründen der langen Studienzeiten zu befassen, soll mit Zwangsmaßnahmen an den Symptomen herumgedoktert werden. Durch Einführung von Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation nach Überschreiten der Regelstudienzeit werden die Studentinnen und Studenten abgeschafft, die ihr Studium eigenverantwortlich gestalten und breite Bildungsmöglichkeiten wahrnehmen wollen.

Die gesamte Reform mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf die Universitätslandschaft ist ein weiterer Versuch, die Hochschulen in ihrer Gestaltungsfreiheit zugunsten staatlicher Planwirtschaft einzuschränken. Die zentralistische Regelungswut erstreckt sich nicht nur auf die Dauer des Studiums, sondern auch auf Bestandteile, Ablauf, sowie Zeitpunkt und Fristen von Prüfungen. Auch Umfang und Inhalte der Studienpläne sollen reglementiert werden.

Das Alles geschieht bislang, ohne die Betroffenen zu fragen. Da Politiker und Hochschulrektoren über unsere Köpfe hinweg entscheiden wollen, müssen wir uns jetzt und massiv zu Wort melden.

Aktionswoche zur Studienreform vom 25. bis 29. Januar

Das Fachschaftenplenum

Warum gerade eine Aktionswoche?

Schon im März 1993 soll auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern in Bonn über die sogenannte „Studienstrukturreform“ entschieden werden. Es war und ist zu keiner Zeit geplant, uns Studenten und unsere Hochschullehrer in die Planung der Reformmaßnahmen miteinzubeziehen. Deshalb wollen wir uns in der

TH-AKTIONSWOCHE ZUR HOCHSCHULREFORM

25. – 29. Januar 93

Zeit nehmen, eigene Vorstellungen über Studium und Reformmöglichkeiten zu entwickeln und zu diskutieren. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wollen wir gleichzeitig auf uns aufmerksam machen und den Herren und Damen Politikern klarmachen, daß ihr Weg der Studienstrukturreform sicherlich nicht der Weg des geringsten Widerstandes sein wird.

Termine:

Fachschaftssitzungen: Viele Fachschaften setzen sich in ihren wöchentlichen Fachschaftssitzungen mit der sogenannten „Studienstrukturreform“ auseinander. Überall werden zur Zeit Studenten gesucht, die ihre Ansichten und Ideen einbringen.

Fachschaftenplenum: Jeden Mittwoch treffen sich die Fachschaften um 16.30 Uhr im ASTA, um Informationen auszutauschen und ihre Aktivitäten zu koordinieren. Auch hier sind interessierte Studenten willkommen.

Vollversammlung der Informatiker findet am 12.01.93 um 13.30 Uhr statt. Der Raum steht noch nicht fest.

Zentraler Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten: Der zentrale Ausschuß I wird sich am 13. Januar mit den Vorschlägen von Kultusminister- und Hochschulrektorenkonferenz befassen. Die Sitzung ist öffentlich und findet um 9 Uhr in 47/771 statt. **Alle Studenten und Studentinnen, denen nicht völlig egal ist, was aus ihrem Studium wird, sollten an dieser Sitzung teilnehmen!**

Vollversammlung aller Fachbereiche: Am 21. Januar findet um 13.30 Uhr eine TH-weite Vollversammlung statt, auf der neben den Vorschlägen zur Studienreform „von oben“ auch unsere eigenen Ansprüche und Vorstellungen zur Entwicklung des Hochschulstudiums thematisiert werden sollen.

Aktionswoche: Nur der kleinste Teil der Veranstaltungen soll zentral organisiert werden. Alle Professoren, Mitarbeiter und Studenten, besonders aber die Fachschaften sind aufgerufen, Veranstaltungen anzubieten, die die zukünftige Gestaltung des Hochschulstudiums behandeln. Terminpläne werden in den nächsten Tagen an den schwarzen Brettern in der Mensa und im Audimax ausgehängt und laufend ergänzt. Auf bestimmte Veranstaltungen wird zusätzlich gesondert hingewiesen.

Jeder, der in der Aktionswoche eine Veranstaltung anbieten möchte, möge bitte das Fachschaftenreferat des ASTA darüber informieren.

- Wissenschaftliche Bildung soll einer Elite vorbehalten werden, die nach dem Diplom an einem Promotionsstudium oder Graduiertenkolleg teilnehmen kann. Zulassungskriterium soll auch hier eine kurze Studiendauer -als Maß für wissenschaftliche Qualifikation- sein.

Bei dieser Studienstrukturereform wird das Studium an Universitäten als ausschließlich berufsqualifizierende Ausbildung gesehen. Diesen Ansatz finden wir völlig indiskutabel. Eine solche Art der Ausbildung wird an Fachhochschulen praktiziert. An Universitäten muß es über diese Form der Ausbildung hinausgehen, wir verstehen das Studium als Bildung. Es soll wissenschaftliche Denkweisen und theoretische Hintergründe vermittelt, sowie allgemeinpolitisches Problembewußtsein gefördert werden.

Wie würden gerne Eure Meinung zu der Studienstrukturereform erfahren. Wie denkt Ihr über Entdemokratisierung der Fachbereiche, Ausbildung statt Bildung, Studiengebühren, zeitliche Fristensetzung?

Mehr Information gibt es im Fachschaftsordner (im FS-Raum 2d/219), im LZM-Ordner (2d/244), an Wänden im Mathebau, beim Asta, bei Infoständen in der Mensa, auf Fachschaftssitzungen,

WERDET AKTIV!

Erscheint bei der Vollversammlung der TH am 21. Januar um 13³⁰!

Beteiligt Euch an der Aktionswoche vom 25.-29. Januar!

Eure Fachschaft Mathematik

Fachschaft Mathematik
an der Technischen Hochschule Darmstadt
Schloßgartenstraße 7
6100 Darmstadt

4. Januar 1993

Liebe Mitstudierende!

Im März 93 findet ein Bildungsgipfel von Bund und Ländern statt, bei dem eine umfangreiche Studienstrukturreform verabschiedet werden soll. Dazu wurden verschiedene Papiere von den Kultus- und Finanzministerkonferenzen, der Hochschulrektorenkonferenz und von Bundesbildungsminister Ortleb ausgearbeitet. Dies geschah ohne Rücksprache mit ProfessorInnen, AssistentInnen und StudentInnen, d.h. ohne die Betroffenen.

Wesentliches Ziel dieser Bemühungen ist die Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten, um die Wettbewerbsfähigkeit Studierender deutscher Hochschulen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu steigern. Dies soll mit folgenden Maßnahmen erreicht werden:

- Knappe zeitliche Beschränkung der Studienzeit, d.h. 9 bzw. 10 Semester Regelstudienzeit (mit Diplom); bei Überschreitung von 4 Semestern Zwangsexmatrikulation.
- Zentral festgelegte verbindliche Rahmeneckdaten für jeden Studiengang, wie. z.B. feste Prüfungstermine und kurze Prüfungsfristen für Zwischen- und Abschlußprüfung. Für StudentInnen, die nach dem vierten (achten) Semester nicht ihre Vordiplom- (Diplom-) Prüfung ablegen, gilt dies als erster Fehlversuch, durch den auch automatisch eine Frist ausgelöst wird, in der das Vordiplom (Diplom) gemacht werden muß.
- Massive finanzielle Förderung derjenigen Hochschulen und ProfessorInnen, bei denen die Studienzeiten möglichst kurz sind, und Sanktionen derjenigen, die lange Studienzeiten aufweisen.
- Einseitiger Ausbau der Fachhochschulen durch Verlagerung von Stellen und Finanzmitteln von den Universitäten an die Fachhochschulen.
- Abbau von Wissenschaftlichkeit und theoretischen Grundlagen im Studium zugunsten einer einseitigen Ausrichtung auf eine Berufsausbildung nach den Wünschen der Industrie.
- Abbau eigener Gestaltungsfreiheit der StudentInnen und ProfessorInnen zugunsten verschulter, fest vorgezeichneter Studiengänge.
- Einschränkung von Fachwechseln, Zweit-, Doppel- und Aufbaustudien durch hohe Gebühren und/oder strengere Auswahlkriterien.
- Zentralisierung der Hochschulverwaltung und Einschränkung der Selbstverwaltung der Fachbereiche.
- Verlagerung von Entscheidungskompetenz aus den Fachbereichen und Hochschulen auf die Bundes- bzw. Landesregierungen, d.h. kein Mitspracherecht mehr für StudentInnen, eingeschränktes Mitspracherecht für ProfessorInnen und Entscheidungen durch PolitikerInnen.